Stadt Köln

Der Oberbürgermeister
Stadtplanungsamt
61, 61/1
Stadthaus Willy-Brandt-Platz 2
50679 Köln

27.08.2010
Frau Liedke
Tel. (02 21) 2 21-2 28 67
Fax (02 21) 2 21-2 24 50

N I E D E R S C H R I F T

über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zum städtebaulichen Planungskonzept

„Bildungslandschaft Altstadt-Nord“ in Köln-Altstadt/Nord

Veranstaltungsort:	Aula des Abendgymnasiums Gereonsmühlengasse 4, 50679 Köln
Termin:	05.07.2010
Beginn:	19.30 Uhr
Ende:	22:30 Uhr
Besucher:	circa 70 Bürgerinnen und Bürger
Teilnehmer/innen:	Vorsitzender: Herr Hupke, Bezirksbürgermeister Innenstadt Verwaltung: Herr Streitberger, Beigeordneter des Dezernates Planen und Bauen Herr Meinharter, PlanSinn, Freiraumplanung Herr Zoderer, feld72, Architektur Herr Gräbener, Schulverwaltungsamt Frau Müller, Stadtplanungsamt Frau Klehr, Stadtplanungsamt Niederschrift: Frau Liedke, Stadtplanungsamt

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks Innenstadt, begrüßt die zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Bildungslandschaft Altstadt-Nord erschienenen Bürgerinnen und Bürger. Er stellt das Podium vor, erläutert den Ablauf der Veranstaltung, die Handhabung der Wortmeldezettel und weist darauf hin, dass die Veranstaltung zur Protokollerstellung auf Tonband aufgenommen wird. Herr Hupke erläutert des Weiteren, dass bis zum 19. Juli 2010 schriftliche Stellungnahmen zu seinen Händen möglich sind.

Herr Streitberger, Beigeordneter des Dezernates Planen und Bauen, begrüßt alle Anwesenden und skizziert kurz den Hintergrund und den Ablauf der Abendveranstaltung. Anhand von Plänen, Luftbildern und Schaubildern stellt Herr Streitberger das Plangebiet vor und erläutert das bisherige Verfahren.

Die Bildungslandschaft Altstadt-Nord ist ein Bildungsverbund, dessen Bildungseinrichtungen miteinander sowie mit den Montag Stiftungen eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen haben. Der Verbund besteht aus mehreren Schulen und Jugendfreizeitstätten, sowie einer geplanten Kindertagesstätte. Alle vorhandenen Einrichtungen haben erheblichen Sanierungs- oder Erweiterungsbedarf. Ziel der Planung ist es, eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu ermöglichen. Dabei ist Auftrag des Rates, Eingriffe in den Klingelpützpark zu vermeiden und gleichzeitig die Anforderungen an moderne Schul- und Kindergartengebäude in einem tragfähigen städtebaulichen Konzept zu erfüllen. 2008 wurde ein städtebaulicher Planungsworkshop durchgeführt. Die Erarbeitung verschiedener Konzeptvarianten wurde durch einen Planungsbeirat begleitet.

Am 10.06.2010 hat der Stadtentwicklungsausschuss (StEA) die Variante „Anbau an die Jugendeinrichtungen“ als Grundlage für die weitere Planung beschlossen. Herr Streitberger erläutert die beschlossene Variante in den Grundzügen. Der StEA hat darüber hinaus Anregungen für das weitere Verfahren beschlossen. Herr Streitberger stellt diese Anregungen vor.

Herr Zoderer, feld72, präsentiert die wesentlichen Inhalte der beschlossenen Variante „Anbau an die Jugendeinrichtung“ und stellt diese anhand verschiedener Pläne, Modellfotos und Schaubilder vor. Ziel ist es, eine Aufwertung für das gesamte Quartier und für die Bildungseinrichtungen zu erreichen. Herr Zoderer betont, dass es sich bei dem Anschauungsmaterial nicht um fertige Hochbauentwürfe oder Gestaltungsvorschläge handelt. Die Ansichten dienen ausschließlich dazu, die maximal mögliche Höhenentwicklung der Gebäudevolumen darzustellen.

Herr Meinharter, PlanSinn, ergänzt die Ausführungen von Herrn Zoderer hinsichtlich des Freiraumkonzeptes. Die Freiflächen der Schulen, die in der heutigen Parkfläche nachgewiesen werden, sollen nicht eingezäunt werden, sodass diese Flächen weiterhin für die Öffentlichkeit zugänglich sein werden.

Frau Klehr, Stadtplanungsamt, erläutert den Ablauf des Bebauungsplanverfahrens. Bei optimalem Verlauf des Verfahrens ist voraussichtlich im Sommer 2011 mit der Rechtskraft des Bebauungsplans zu rechnen.

- Beschluss des Stadtentwicklungsausschuss zur Aufstellung eines Bebauungsplans - 10.06.2010
- Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung – 05.07.2010
- Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt (BV 1) und des StEA zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
- Abstimmung des Bebauungsplan-Entwurfes mit den öffentlichen und umweltrelevanten Belangen
- Offenlage – voraussichtlich 1. Quartal 2011
- Beschluss des Rates über die während der Offenlage eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
- Öffentliche Bekanntmachung des Satzungsbeschluss und Rechtskraft - voraussichtlich Sommer 2011

Herr Hupke bittet um die Wortmeldezettel und eröffnet die Diskussion:

1. **NN** möchte wissen, wo der Stellplatzbedarf vorgesehen ist. Wird es eine Tiefgarage geben? Er regt an, die Asphaltfläche im Park zu erhalten und die plangraphische Achse durch diese Fläche zu entfernen. NN schätzt das Konzept der öffentlich zugänglichen Schulfreifläche als unrealistisch ein und plädiert dafür, diese Flächen zu verkleinern. NN möchte des Weiteren wissen, welche Maßnahme als Lärmschutz an der Kyotostraße vorgesehen sind.

   Herr Streitberger nimmt Stellung zu den Fragen von NN. Stellplätze sind in dem vorliegenden Entwurf noch nicht eingearbeitet. Das Konzept möchte die Bildungseinrichtungen funktionsfähig erhalten und zukunftsfähig machen. Es wird keine wesentlichen Änderungen in den Stellplatzerfordernissen geben. Potential wäre am Gereonswall. Der Stellplatzbedarf wird in jedem Fall so schonend wie möglich und nicht in den Parkflächen realisiert.
   Herr Streitberger sieht das Konzept des offenen, nicht eingezäunten Schulgeländes ebenfalls kritisch. Das pädagogische Konzept sieht keine Einzäunung vor. Die Erfahrung wird zeigen, ob dieses Konzept funktioniert.
   Der Lärmschutz an der Kyotostraße wurde intensiv in den Beratungen betrachtet. Die Querung der Kyotostraße soll verbessert werden. Eventuell kann eine Geschwindigkeitsreduzierung vorgesehen werden, die auch zum Lärmschutz beitragen würde.

   Herr Meinharter greift die Frage von NN hinsichtlich der Asphaltfläche auf und erläutert, dass es sich bei den gezeigten Plänen um Gestaltungsskizzen handelt. Es ist nicht das Ziel, die stark genutzte Asphaltfläche zu durchschneiden.

   Herr Hupke ergänzt, dass das Thema „Schulhöfe“ auch in der Bezirksvertretung intensiv diskutiert wurde, da der Bezirksvertretung bewusst ist, dass ein großer Teil des Parks entfallen wird, wenn die Schulhöfe nachträglich eingezäunt werden. In der Bezirksvertretung wurden verschiedene alternative Vorschläge diskutiert, bis hin zu dem Vorschlag die Schulhöfe auf dem Dach der Schulgebäude anzusiedeln.

2. **NN** kann sich nicht vorstellen, dass sich Kinder in einem 12 Meter hohen Betongebäude, wie es auf den gezeigten Schaubildern sichtbar ist, wohl fühlen. Muss das so bleiben?

   Herr Streitberger führt aus, dass es sich auf den Schaubildern lediglich um eine Umschreibung des Volumens handelt. Die Öffentlichkeit soll durch diese Visualisierung des Volumens bestmöglich informiert werden. Die Architektur und die Fassade der Gebäude stehen noch in keiner Weise fest. Für die Ausgestaltung wird es ein Qualifizierungsverfahren, zum Beispiel einen Architektenwettbewerb, geben.

3. **NN** beklagt, dass die schriftlichen Anregungen nicht berücksichtigt wurden. Er reicht erneut eine schriftliche Stellungnahme ein. NN äußert Kritik am Verfahren, da die Ergebnisse des Planungsbeirates nicht weiter verfolgt wurden und die Anregungen der Bezirksvertretung scheinbar nicht im StEA berücksichtigt wurden.
   NN möchte wissen, ob die Lage und Volumetrie der Baukörper schon endgültig festgelegt sind. Als Anregung schlägt NN vor, die Bahnbögen einzubeziehen und im Bahnviadukt zum Beispiel die Werkstätten unterzubringen.

Herr Streitberger bestätigt, dass sich der Beschluss der BV im Beschluss des StEA nicht wiederfindet. Das Beschlussorgan ist nicht die BV sondern der Rat. Der Rat hat die Verfahren zur Erarbeitung von Bebauungsplänen auf den StEA delegiert. Die Anregungen der BV wurden dem StEA vorgelegt. Der StEA ist diesen Anregungen jedoch nicht gefolgt.
Aus dem Planungsbeirat sind zwar Ergebnisse hervorgegangen, aber kein Konsens, dem gefolgt werden konnte.
Das Volumen der Gebäude erwächst aus dem erarbeiteten Raumprogramm. Durch gemeinschaftlich genutzte Räume und Synergieeffekte beinhaltet das Raumprogramm ein geringeres Volumen als ein Raumprogramm aller einzelnen Einrichtungen ergeben würde. Aufgrund des hinterlegten Raumprogramms sind die Volumina und die Stellplätze der Gebäude sehr eng umschrieben. Für die Gestaltung der Gebäude wird es Wettbewerbe geben. Kleine Abweichungen sind dabei noch möglich aber in einem sehr eng umgrenzten Rahmen. Die Fassadengestaltung ist dagegen noch völlig offen. Die Fassadengestaltung ist ein sehr wichtiges Element für die Wirkung eines Gebäudes.

Der Vorschlag hinsichtlich der Bahnbögen ist interessant und wird als Anregung aufgenommen. Es soll Kontakt zur Bahnbögen Köln GmbH aufgenommen werden.

NN fragt noch einmal, inwiefern Lage und Volumen der Baukörper bereits festgelegt sind.

Herr Streitberger teilt mit, dass insbesondere im nördlichen Bereich, Vogteistraße gegenüber Hansagymnasium, durch den Wettbewerb noch Anregungen erwartet werden. Andererseits ist ein exakt berechnetes Raumprogramm hinterlegt, welches nicht viel Spielraum offen lässt. Eine detailliert beschriebene Wettbewerbsauslobung wird sehr wichtig sein.

4. **NN** fragt, warum der Bau von neuen Schulgebäuden erforderlich ist, obwohl die Haupt- und die Grundschule kurz vor der Schließung stehen. NN möchte des Weiteren wissen, warum die von der Bürgerinitiative vorgebrachten Vorschläge nicht übernommen wurden. Inwiefern wird der Klimaschutz berücksichtigt?

   Herr Gräbener, Schulverwaltungsamt, beantwortet die erste Frage von NN und teilt mit, dass die Geburtenquote in Köln seit 2008 stetig ansteigt. Der Bedarf an einer Grundschule ist eindeutig bestätigt. Die Grundschule Dagobertstraße wird in das frei werdende Schulgebäude einziehen. Die Schüleranmeldungen an Hauptschulen gehen insgesamt zurück. Deshalb wird in das Gebäude eine andere Schulform, voraussichtlich die Aufbaurealschule am Rhein, einziehen.

   Herr Streitberger nimmt Stellung zu der zweiten Frage von NN und erklärt, dass die Entscheidung zur Ablehnung der Vorschläge der Bürgerinitiative mit dem pädagogischen Konzept in Zusammenhang steht. Herr Streitberger appelliert an die Bürgerinnen und Bürger, dass für ein gutes städtebauliches Konzept, welches insgesamt eine Verbesserung darstellt, geringe Eingriffe in den Park toleriert werden müssen. Der Eingriff in den Park steht der Aufwertung der gesamten Fläche gegenüber. Zum Thema Klimaschutz führt Herr Streitberger aus, dass dem Klimaschutz im Sinne einer kompakten Stadt mit kurzen Wegen Rechnung getragen wird.

5. **NN** wendet sich an Herrn Hupke, da er enttäuscht ist, dass die Beschlüsse der BV nicht umgesetzt werden und die 70 Jahre alte Platane nicht geschützt wird, obwohl sich die BV dafür eingesetzt hat.

   Herr Hupke macht deutlich, dass er als Bezirksbürgermeister der Leiter dieser Veranstaltung ist und nicht als politischer Vertreter auftritt. Er schlägt der Bürgerinitiative vor, eine Versammlung zu veranstalten und alle politischen Vertre-

ter einzuladen. Bei dieser Gelegenheit möchte er gerne Stellung beziehen.

Herr Streitberger ergänzt, dass die Entscheidungen von den politischen Gremien getroffen werden. Das Stadtplanungsamt kann keine Entscheidung gegen die BV treffen. Das Bebauungsplanverfahren ist noch im Gange. Nach Abschluss des Verfahrens besteht zudem die Möglichkeit das Verfahren juristisch überprüfen zu lassen.
Der Erhalt der Platane und ein Neubau an gleicher Stelle ist nicht möglich. Nach der heutigen Veranstaltung werden seitens der Verwaltung weitere Überlegungen angestellt, ob und wie die Platane zu erhalten ist und welche Konsequenzen diese Möglichkeiten mit sich bringen. Möglicherweise werden dann noch einmal Alternativen vorgelegt.

NN wirft ein, dass der Neubau dort entstehen könnte, wo bereits versiegelte Fläche ist, anstatt die Platane zu fällen und versiegelte Fläche zu entsiegeln.

Herr Hupke nimmt diesen Vorschlag als Anregung entgegen.

6. **NN** möchte wissen, wie viel m² Nutzfläche neu erstellt werden und wo stattdessen Flächen frei werden.

Frau Müller teilt mit, dass der Bestand aller Einrichtungen heute circa 17.000 m² Bruttogeschossfläche hat und circa 6500 m² zusätzlicher Flächenbedarf ist; es werden keine Flächen frei.

Herr Gräbener erläutert zu der zweiten Frage von NN, dass die neu entstandenen Schulflächen nicht an anderer Stelle obsolet werden. Durch den Ganztagsbetrieb haben fast alle Schulen einen erweiterten Raumbedarf.

7. **NN** setzt sich ebenfalls für die Platane ein. Auch wenn im südlichen Teil die Gebäude nicht in den Park eingreifen, so doch der Schulhof. Der Eingriff in den Park ist nach Ansicht von NN massiv. Eine Akzeptanz des Vorhabens wird es nicht geben.

Herr Streitberger stimmt mit NN überein, dass die Akzeptanz entscheidend ist. Er hofft im weiteren Verlauf des Verfahrens Akzeptanz für das Projekt gewinnen zu können, da er überzeugt ist, dass es sich um ein gutes städtebauliches Konzept handelt. Die Diskrepanz zwischen Entscheidungen der BV und den Entscheidungen des Stadtentwicklungssausschusses entsteht vielfach daraus, dass die Bezirksvertretungen sehr an den Wünschen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger orientiert sind. Der Stadtentwicklungsausschuss dagegen trifft Entscheidungen für das gesamte Stadtgebiet und muss seine Entscheidungen im Interesse der gesamten Stadt abwägen.

Frau Müller ergänzt, dass alle Aspekte des Raumprogramms in der vorliegenden Planung nachgewiesen wurden. Es war nicht die Aufgabenstellung einen Entwurf vorzulegen, der im Sinne der Architektur so umgesetzt werden kann. Die Aussage, es handele sich um einen groben Entwurf, ist somit zutreffend.

NN fügt hinzu, dass es ihm unverständlich ist, warum das marode Gebäude der Jugendeinrichtung nicht in die Planung einbezogen wurde.

8. **NN** teilt mit, mit der Bahnbögen GmbH Köln gesprochen zu haben. Die Bahnbögen GmbH Köln ist sehr an einer Kooperation interessiert. NN ist selbst Architekt und stellt eine Änderung des Entwurfes vor. Indem das Gebäude an der Straße gedreht wird, kann die Platane und der grüne Charakter des Parks erhalten bleiben. NN schlägt zudem eine Kooperation mit der Fachhochschule im Rahmen eines Ideenwettbewerbs vor. Des Weiteren möchte NN gerne wissen, wie sich die m² der Mehrzweckgebäude errechnen und welche Nutzungen dort

genau vorgesehen sind.

Herr Streitberger möchte dem Hinweis zu den Bahnbögen gerne nachgehen und bittet um Vorlage des Konzeptes zum Erhalt der Platane. Es gibt bereits Kooperationen mit der Fachhochschule. In diesem Verfahren ist eine solche Kooperation aber nicht die erste Priorität.

Herr Zoderer führt aus, dass es sich bei den Mehrzweckgebäuden um Verbundgebäude handelt, die verschiedene Nutzungen haben können, zum Beispiel als Prüfungsräume. Es gibt keine doppelten Flächen in der Berechnung.

9. **NN** weist darauf hin, dass es in diesem Park viel denkmalwertes gibt. Der Park liegt inmitten des mittelalterlichen Köln und ist Kölns einziger Innenstadtpark. Der Park hat in den 70er Jahren Preise erhalten und lebt von einem Konzept der Integration mit Spiel- und Begegnungsflächen. NN möchte wissen, welchen Vorteil die Anwohner von dieser Planung haben. Weiterhin fragt er, warum es keine Lösung für die Autoschneise, zum Beispiel in Form einer Brücke, geben wird.

   Herr Streitberger teilt zum Thema Denkmalschutz mit, dass es wenig historische Substanz, eher Spuren, gibt. Der Park steht nicht unter Denkmalschutz. Zum Vorteil der Anwohner werden Einrichtungen geschaffen, die nicht nur für die Schulen von Nutzen sind. Es wird ein Café und eine Bibliothek geben. Außerdem sollen die Gebäude in den Abendstunden für unterschiedliche Nutzungen aus dem Quartier zur Verfügung stehen.

   NN hält dagegen, dass eine Kommerzialisierung des Parks durch ein Café nicht gewollt ist. Auch eine Bibliothek ist kein entscheidender Vorteil.

   Herr Streitberger führt aus, dass es lediglich ein zur Schulmensa gehöriges Café geben wird und von Kommerzialisierung keine Rede sein kann.

10. **NN** unterstützt grundsätzlich das Projekt Bildungslandschaft Altstadt-Nord, möchte aber anregen, dass die Stadt Köln das Vorhaben ohne die Unterstützung von Stiftungen durchführt.

    Herr Streitberger erläutert, dass bürgerschaftliches Engagement sehr wichtig ist und Stiftungen in der Stadt Köln eine sehr große Rolle spielen. Die Montag Stiftungen sind im Bildungsbereich und in der Baukultur tätig und unterstützen den Prozess. Das Raumprogramm wurde von den Bildungseinrichtungen mit der Unterstützung der Montag Stiftungen erarbeitet. Es gibt keine kommerziellen Absichten der Montag Stiftungen.

    NN bekräftigt noch einmal ihre Vorstellung, dass jede Stiftung eine Ideologie hat und plädiert dafür, dass die Stadt Köln in Bildungsfragen unabhängig handelt.

    Herr Hupke macht deutlich, dass Schulfragen in dieser Veranstaltung nicht ausführlich behandelt werden können, da es sich um landespolitische Entscheidungen handelt, die für das Bebauungsplanverfahren nicht von Belang sind.

    Herr Streitberger verdeutlicht, dass eine Stiftung gemeinnützigen Zwecken dient und weder wirtschaftliche Interessen noch eigene Ideologien vertritt. Durch die Unterstützung der Montag Stiftungen wird Zeit und Raum für die sorgfältige Planung von Projekten geschaffen.

11. **NN** möchte wissen, ob die derzeit nicht mit Gebäuden beplante Fläche auch dauerhaft garantiert Grünfläche bleibt. Des Weiteren beschuldigt NN das Schulverwaltungsamt, falsche Zahlen hinsichtlich der Entwicklung der Schülerzahlen genannt zu haben. Das Amt für Statistik habe andere Zahlen genannt.

Herr Streitberger erklärt, dass es keine weiteren Baufelder geben wird. Es werden Flächen für Gemeinbedarf und Grünfläche festgesetzt. Herr Streitberger betont noch einmal, dass versucht wird, sehr schonend mit dem Park umzugehen.

Herr Gräbener erklärt, dass die von ihm genannten Zahlen vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik stammen. Aktuell gibt es einen starken Anstieg der Geburtenquote. Bei den von NN genannten Zahlen handele es sich um Zahlen aus den Jahren 2000 bis 2008.

Herr Hupke führt aus, dass diese Statistik nur begrenzt aussagefähig ist. Aufgrund des Rechtes zur freien Schulwahl werden attraktive Schulstandorte immer gut angenommen werden.

NN kritisiert die Schulpolitik dahingehend, attraktive und weniger attraktive Schulstandorte zuzulassen. Es muss eine gleichmäßige Qualität in der Schulversorgung geben.

12. **NN** schlägt vor, das Jugendzentrum abzureißen und auf dieser Fläche die Mensa zu bauen.

    Herr Streitberger teilt mit, dass erst kürzlich Fördermittel in das Jugendzentrum geflossen sind und es daher nicht vorgesehen ist, das Jugendzentrum abzureißen.

13. **NN** (Frage wird vorgelesen) gibt an, dass im Planungsbeirat mitgeteilt wurde, die Schulflächen sollen nicht der Öffentlichkeit zugänglich sein und es werde keine Neubegrünung stattfinden.

    Herr Streitberger ist ebenfalls skeptisch, ob eine öffentlich zugängliche Schulfreifläche realistisch ist, aber die Schulverwaltung hält an diesem Programm fest. Eine Neubegrünung soll dort stattfinden wo Flächen entsiegelt werden.

14. **NN** (Frage wird vorgelesen): warum wird trotz der zukünftigen Schließung weiter mit der Hauptschule geplant?
    NN teilt mit, dass die Frage bereits beantwortet wurde.

15. **NN** weist darauf hin, dass die Montag Stiftungen um Unterstützung gebeten wurden. Die Montag Stiftungen haben das Raumprogramm unter Beachtung der BASS-Richtlinie (Bereinigte Amtliche Sammlung der Schulvorschriften) mitentwickelt. Insgesamt haben die Einrichtungen weniger Raum gefordert als ihnen zusteht.
    Als Bürgerin der Stadt Köln regt NN an, zu klären, wie der Fuß- und Radverkehr geregelt werden soll. NN fände es schade, wenn das Abendgymnasium zur Querung der Kyotostraße lediglich einen Zebrastreifen erhält.

    Herr Streitberger teilt mit, dass es für die Kyotostraße noch keine abschließende Lösung gibt. Die Kyotostraße wird im Verfahren berücksichtigt werden.

16. **NN** teilt mit, dass ihre Fragen bereits beantwortet wurden.

17. **NN** weist noch einmal auf die Pläne von NN zum Erhalt der Platane hin. Des Weiteren fragt NN, ob das Raumprogramm erweitert werden muss, wenn die Realschule in das Gebäude der Hauptschule einziehen wird. In Junkersdorf wird eine Schule gefordert. Warum wird dort nicht gebaut? Laut NN wurde im Planungsbeirat eine öffentliche Bibliothek verneint.

    Herr Gräbener bestätigt, dass das Raumprogramm mit der Aufbaurealschule abgeglichen wurde und es keinen erweiterten Raumbedarf geben wird.

Herr Streitberger ergänzt, dass die Bibliothek zu der Einrichtung gehören wird, aber trotzdem für die Öffentlichkeit zugänglich sein wird. Die Bibliothek wird nicht Bestandteil der Stadtbibliothek sein.

18. **NN** (Frage wird vorgelesen) fragt, wie sichergestellt werden kann, dass die Schulfreiflächen nicht nach Fertigstellung nachträglich eingezäunt werden?

    Herr Hupke teilt mit, dass dieses Thema weiter diskutiert werden muss.

19. **NN** (Wortmeldung wird vorgelesen) setzt sich für die Bedürfnisse der Kinder ein. Die Schüler der Grundschule Dagobertstraße und der Realschule am Rhein haben jetzt nur sehr kleine Schulhöfe und wollen auch vom Klingelpützpark profitieren.

20. **NN** ist Anwohner und betrachtet den Klingelpützpark als „Integrationspark“. Er empfindet die Eingriffe in den Park als sehr schmerzhaft. Es sollte alles getan werden, um dieses Kleinod zu erhalten.

21. **NN** ärgert sich darüber, dass Teile des Parks bebaut werden sollen und schlägt vor, die Mensa an die Kyotostraße, Ecke Klingelpütz zu bauen und gleichzeitig als Lärmschutz für den Park zu nutzen. Der Nordteil des Parks müsste attraktiv gestaltet werden.

    Herr Streitberger erläutert, dass in der ersten Planung die Mensa in der Kyotostraße vorgesehen war. Dieser Vorschlag war jedoch nicht konsensfähig.

Herr Hupke stellt fest, dass keine weiteren Fragen vorhanden sind. Er bedankt sich für die angeregte Diskussion und weist noch einmal darauf hin, dass schriftliche Stellungnahmen bis zum 19. Juli 2010 möglich sind.

gez. Hupke	gez. Liedke
Herr Hupke	Stefanie Liedke
(Bezirksbürgermeister Innenstadt)	(Schriftführerin)